

Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung

Abgeschlossen in Den Haag am 5. Oktober 1961
Von der Bundesversammlung genehmigt am 27. April 1972²
Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 10. Januar 1973
In Kraft getreten für die Schweiz am 11. März 1973
(Stand am 10. Oktober 2011)

Die Unterzeichnerstaaten dieses Übereinkommens,

vom Wunsche geleitet, ausländische öffentliche Urkunden von der diplomatischen oder konsularischen Beglaubigung zu befreien,

haben beschlossen, zu diesem Zweck ein Übereinkommen zu schliessen, und haben die folgenden Bestimmungen vereinbart:

Art. 1

Dieses Übereinkommen ist auf öffentliche Urkunden anzuwenden, die in dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates errichtet wurden und die in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates vorgelegt werden sollen.

Als öffentliche Urkunden im Sinne dieses Übereinkommens gelten:

- a) Urkunden einer an der staatlichen Rechtspflege beteiligten Behörde oder Amtsperson, einschliesslich der Urkunden, die von der Staatsanwaltschaft, einem Gerichtsschreiber oder einem Gerichtsbeamten ausgestellt sind;
- b) Urkunden der Verwaltungsbehörden;
- c) notarielle Urkunden;
- d) amtliche Bescheinigungen, die auf Privaturkunden angebracht sind, wie Eintragungsvermerke, Sichtvermerke zur Feststellung eines bestimmten Zeitpunktes und Beglaubigungen von Unterschriften.

Dieses Übereinkommen ist jedoch nicht anzuwenden:

- a) auf Urkunden, die von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichtet sind;
- b) auf Urkunden der Verwaltungsbehörden, die sich unmittelbar auf den Handelsverkehr oder auf das Zollverfahren beziehen.

AS 1973 348; BBl 1971 II 405

¹ Der Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der französischen Ausgabe dieser Sammlung.

² Art. 1 Abs. 1 des BB vom 27. April 1972 (AS 1973 347)

Art. 2

Jeder Vertragsstaat befreit die Urkunden, auf die dieses Übereinkommen anzuwenden ist und die in seinem Hoheitsgebiet vorgelegt werden sollen, von der Beglaubigung. Unter der Beglaubigung im Sinne dieses Übereinkommens ist nur die Formalität zu verstehen, durch welche die diplomatischen oder konsularischen Vertreter des Landes, in dessen Hoheitsgebiet die Urkunde vorgelegt werden soll, die Echtheit der Unterschrift, die Eigenschaft, in welcher der Unterzeichner der Urkunde gehandelt hat, und gegebenenfalls die Echtheit des Siegels oder Stempels, mit dem die Urkunde versehen ist, bestätigen.

Art. 3

Die einzige Formalität, die zur Bestätigung der Echtheit der Unterschrift, der Eigenschaft, in welcher der Unterzeichner der Urkunde gehandelt hat, und gegebenenfalls der Echtheit des Siegels oder Stempels, mit dem die Urkunde versehen ist, verlangt werden darf, ist die gemäss Artikel 4 angebrachte Apostille, welche durch die zuständige Behörde des Staates ausgestellt wird, in dem die Urkunde errichtet wurde.

Die im vorstehenden Absatz erwähnte Formalität darf jedoch nicht verlangt werden, wenn entweder die Gesetze, Verordnungen oder Gebräuche des Staates, in dem die Urkunde vorgelegt wird, oder eine Vereinbarung zwischen zwei oder mehreren Vertragsstaaten sie ausschliessen, sie vereinfachen oder die Urkunde von der Beglaubigung befreien.

Art. 4

Die in Artikel 3 Absatz 1 vorgesehene Apostille wird auf der Urkunde selbst oder einem Anhang angebracht; sie muss dem Muster entsprechen, das diesem Übereinkommen als Anlage beigelegt ist.

Die Apostille kann jedoch in der Amtssprache der Behörde, die sie ausstellt, abgefasst werden. Der vorgedruckte Text des Musters kann auch in einer zweiten Sprache wiedergegeben werden. Die Überschrift «Apostille (Convention de La Haye du 5 octobre 1961)» muss in französischer Sprache abgefasst sein.

Art. 5

Die Apostille wird auf Antrag des Unterzeichners oder des jeweiligen Inhabers der Urkunde ausgestellt.

Ist die Apostille ordnungsgemäss ausgefüllt, so bestätigt sie die Echtheit der Unterschrift, die Eigenschaft, in welcher der Unterzeichner der Urkunde gehandelt hat, und gegebenenfalls die Echtheit des Siegels oder Stempels, mit dem die Urkunde versehen ist.

Die Unterschrift und das Siegel oder der Stempel auf der Apostille bedürfen keiner Bestätigung.

Art. 6

Jeder Vertragsstaat bestimmt die Behörden, die zuständig sind, die Apostille nach Artikel 3 Absatz 1 auszustellen.

Er notifiziert diese Bestimmung dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande anlässlich der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder seiner Erklärung über die Ausdehnung des Übereinkommens. Er notifiziert ihm auch jede Änderung, die in der Bestimmung dieser Behörden eintritt.

Art. 7

Jede nach Artikel 6 bestimmte Behörde hat ein Register oder eine Kartei zu führen, worin die Ausstellung der Apostillen eingetragen wird; dabei sind zu vermerken:

- a) die Ordnungsnummer und das Ausstellungsdatum der Apostille;
- b) der Name des Unterzeichners der öffentlichen Urkunde und die Eigenschaft, in der er gehandelt hat, oder bei Urkunden ohne Unterschrift die Behörde, die das Siegel oder den Stempel beigefügt hat.

Auf Antrag eines Beteiligten hat die Behörde, welche die Apostille ausgestellt hat, festzustellen, ob die Angaben, die in der Apostille enthalten sind, mit denen des Registers oder der Kartei übereinstimmen.

Art. 8

Besteht zwischen zwei oder mehreren Vertragsstaaten ein Vertrag, ein Übereinkommen oder eine Vereinbarung des Inhalts, dass die Bestätigung der Unterschrift, des Siegels oder des Stempels gewissen Formalitäten unterworfen ist, so greift dieses Übereinkommen nur ändernd ein, wenn jene Formalitäten strenger sind als die in den Artikeln 3 und 4 vorgesehenen.

Art. 9

Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Massnahmen, um zu vermeiden, dass seine diplomatischen oder konsularischen Vertreter Beglaubigungen in Fällen vornehmen, in denen dieses Übereinkommen von der Beglaubigung befreit.

Art. 10

Dieses Übereinkommen steht den Staaten, die auf der Neunten Tagung der Haager Konferenz für internationales Privatrecht vertreten waren, sowie Irland, Island, Liechtenstein und der Türkei zur Unterzeichnung offen.

Es bedarf der Ratifizierung, und die Ratifikationsurkunden sind beim Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu hinterlegen.

Art. 11

Dieses Übereinkommen tritt am sechzigsten Tage nach der in Artikel 10 Absatz 2 vorgesehenen Hinterlegung der dritten Ratifikationsurkunde in Kraft.

Das Übereinkommen tritt für jeden Unterzeichnerstaat, der es später ratifiziert, am sechzigsten Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

Art. 12

Jeder in Artikel 10 nicht genannte Staat kann diesem Übereinkommen beitreten, nachdem es gemäss Artikel 11 Absatz 1 in Kraft getreten ist. Die Beitrittsurkunde ist beim Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu hinterlegen.

Der Beitritt wirkt nur im Verhältnis zwischen dem beitretenden Staat und den Vertragsstaaten, die innerhalb von sechs Monaten nach Empfang der Notifikation gemäss Artikel 15 Buchstabe d) keinen Einspruch dagegen erhoben haben. Ein solcher Einspruch ist dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu notifizieren.

Das Übereinkommen tritt zwischen dem beitretenden Staat und den Staaten, die gegen den Beitritt keinen Einspruch erhoben haben, am sechzigsten Tage nach Ablauf der im vorstehenden Absatz vorgesehenen Frist von sechs Monaten in Kraft.

Art. 13

Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung, bei der Ratifizierung oder beim Beitritt erklären, dass dieses Übereinkommen auf alle oder auf eines oder mehrere der Gebiete ausgedehnt wird, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt. Eine solche Erklärung wird wirksam, sobald das Übereinkommen für den Staat, der sie abgegeben hat, in Kraft tritt.

Später kann dieses Übereinkommen auf solche Gebiete durch eine an das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande gerichtete Notifikation ausgedehnt werden.

Wird die Erklärung über die Ausdehnung durch einen Staat abgegeben, der das Übereinkommen unterzeichnet und ratifiziert hat, so tritt das Übereinkommen für die in Betracht kommenden Gebiete gemäss Artikel 11 in Kraft. Wird die Erklärung über die Ausdehnung durch einen Staat abgegeben, der dem Übereinkommen beigetreten ist, so tritt das Übereinkommen für die in Betracht kommenden Gebiete gemäss Artikel 12 in Kraft.

Art. 14

Dieses Übereinkommen gilt für die Dauer von fünf Jahren, gerechnet von seinem Inkrafttreten gemäss Artikel 11 Absatz 1, und zwar auch für Staaten, die es später ratifizieren oder ihm später beitreten.

Ausser im Falle einer Kündigung gilt das Übereinkommen als stillschweigend um jeweils fünf Jahre erneuert.

Die Kündigung ist spätestens sechs Monate vor Ablauf der Frist von fünf Jahren dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu notifizieren.

Sie kann sich auf einzelne der Gebiete, auf die das Übereinkommen anzuwenden ist, beschränken.

Die Kündigung ist nur für den Staat wirksam, der sie notifiziert hat. Für die anderen Vertragsstaaten bleibt das Übereinkommen in Kraft.

Art. 15

Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande notifiziert den in Artikel 10 bezeichneten Staaten sowie den Staaten, die gemäss Artikel 12 beigetreten sind:

- a) die Notifikationen gemäss Artikel 6 Absatz 2;
- b) die Unterzeichnungen und Ratifikationen gemäss Artikel 10;
- c) den Tag, an dem dieses Übereinkommen gemäss Artikel 11 Absatz 1 in Kraft tritt;
- d) die Beitrittserklärungen und Einsprüche gemäss Artikel 12 sowie den Tag, an dem die Beitrittserklärungen wirksam werden;
- e) die Erklärungen über die Ausdehnung gemäss Artikel 13 sowie den Tag, an dem sie wirksam werden;
- f) die Kündigungen gemäss Artikel 14 Absatz 3.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig ermächtigten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterzeichnet.

Geschehen in Den Haag am 5. Oktober 1961 in französischer und englischer Sprache, wobei im Falle von Abweichungen der französische Wortlaut massgebend ist, in einer einzigen Ausfertigung, die im Archiv der Regierung der Niederlande hinterlegt wird und wovon jedem der Staaten, welche auf der Neunten Tagung der Haager Konferenz für internationales Privatrecht vertreten waren, sowie Irland, Island, Liechtenstein und der Türkei auf diplomatischem Wege eine beglaubigte Abschrift übergeben wird.

(Es folgen die Unterschriften)

*Anlage***Muster der Apostille**

Die Apostille soll die Form eines Quadrats mit Seiten von mindestens 9 Zentimetern haben.

Apostille

(Convention de La Haye du 5 octobre 1961)

1. Land:
- Diese öffentliche Urkunde
2. ist unterschrieben von
3. in seiner Eigenschaft als
4. sie ist versehen mit dem Siegel/Stempel des (der)

Bestätigt

5. in 6. am
7. durch
8. unter Nr.
9. Siegel/Stempel: 10. Unterschrift:

Verzeichnis der nach dem Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung für die Ausstellung der Apostille zuständigen schweizerischen Behörden

Vom Bundesrat genehmigt am 21. Dezember 1972

A. Behörde der Eidgenossenschaft:

Die Bundeskanzlei

B. Kantonale Behörden:

Kanton Zürich	Die Staatskanzlei
Kanton Bern	Die Staatskanzlei (La Chancellerie d'Etat)
Kanton Luzern	Die Staatskanzlei
Kanton Uri	Die Standeskanzlei
Kanton Schwyz	Die Staatskanzlei
Kanton Unterwalden ob dem Wald	Die Staatskanzlei
Kanton Unterwalden nid dem Wald	Die Standeskanzlei
Kanton Glarus	Die Regierungskanzlei
Kanton Zug	Die Staatskanzlei
Kanton Freiburg	La Chancellerie d'Etat (Die Staatskanzlei)
Kanton Solothurn	Die Staatskanzlei
Kanton Basel-Stadt	Die Staatskanzlei
Kanton Basel-Landschaft	Die Landeskanzlei
Kanton Schaffhausen	Die Staatskanzlei
Kanton Appenzell A. Rh.	Die Kantonskanzlei
Kanton Appenzell I. Rh.	Die Ratskanzlei
Kanton St. Gallen	Die Staatskanzlei
Kanton Graubünden	Die Standeskanzlei (La Cancelleria dello Stato)
Kanton Aargau	Pass- und Patentamt
Kanton Thurgau	Die Staatskanzlei
Kanton Tessin	La Cancelleria dello Stato
Kanton Waadt	Préfecture du district de Lausanne
Kanton Wallis	La Chancellerie d'Etat (Die Staatskanzlei)
Kanton Neuenburg	La Chancellerie d'Etat
Kanton Genf	Le Département des Institutions
Kanton Jura	La Chancellerie d'Etat (Die Staatskanzlei)

Übersicht über die ausländischen Behörden, die in den einzelnen Vertragsstaaten zuständig sind, die Apostille nach Artikel 3 Absatz 1 des Übereinkommens auszustellen³

³ Die Übersicht über die ausländischen Behörden wird weder in der AS noch der SR veröffentlicht (s. AS **2011** 4609).
Die französische und englische Übersicht kann auf der Internetseite der Haager Konferenz: http://hcch.e-vision.nl/index_fr.php?act=conventions.authorities&cid=41 eingesehen oder bei der Direktion für Völkerrecht, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern, bezogen werden.

Geltungsbereich am 10. Oktober 2011⁴

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
Albanien ^a	3. September 2003 B	9. Mai 2004
Andorra	15. April 1996 B	31. Dezember 1996
Antigua und Barbuda	17. Mai 1985 N	1. November 1981
Argentinien*	8. Mai 1987 B	18. Februar 1988
Armenien	19. November 1993 B	14. August 1994
Aserbaidschan ^b	13. Mai 2004 B	2. März 2005
Australien*	11. Juli 1994 B	16. März 1995
Bahamas	10. Mai 1976 N	10. Juli 1973
Barbados	30. August 1995 N	30. November 1966
Belarus	16. Juni 1992 N	31. Mai 1992
Belgien	11. Dezember 1975	9. Februar 1976
Belize	17. Juli 1992 B	11. April 1993
Bosnien und Herzegowina*	1. Oktober 1993 N	6. März 1992
Botsuana	16. September 1968 N	30. September 1966
Brunei	23. Februar 1987 B	3. Dezember 1987
Bulgarien	1. August 2000 B	29. April 2001
China		
Hongkong ^c *	12. Juni 1985	1. Juli 1997
Macau ^d	10. Dezember 1999	20. Dezember 1999
Cook-Inseln	13. Juli 2004 B	30. April 2005
Dänemark ^e	30. Oktober 2006	29. Dezember 2006
Deutschland	15. Dezember 1965	13. Februar 1966
Dominica	22. Oktober 2002 N	3. November 1978
Dominikanische Republik ^f	12. Dezember 2008 B	30. August 2009
Ecuador*	2. Juli 2004 B	2. April 2005
El Salvador	14. September 1995 B	31. Mai 1996
Estland	11. Dezember 2000 B	30. September 2001
Fidschi	29. März 1971 N	10. Oktober 1970
Finnland	27. Juni 1985	26. August 1985
Frankreich	25. November 1964	24. Januar 1965
Französisch Guyana	25. November 1964	24. Januar 1965
Französisch Polynesien	25. November 1964	24. Januar 1965
Guadeloupe	25. November 1964	24. Januar 1965
Komoren ^g	25. November 1964	24. Januar 1965
Martinique	25. November 1964	24. Januar 1965

⁴ AS 1973 354, 1976 477, 1977 765, 1978 210 1718, 1980 669, 1982 154, 1983 1175, 1986 175, 1987 317, 1988 1177, 1993 973, 1998 2318, 2003 2401, 2006 619, 2007 3345, 2010 783 und 2011 4609. Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA (<http://www.eda.admin.ch/vertraege>).

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
Neue Hebriden (Kondominium Frankreichs und des Vereinigten Königreichs)§	17. Dezember 1965 B	15. Februar 1966
Neukaledonien	25. November 1964	24. Januar 1965
Réunion	25. November 1964	24. Januar 1965
St. Pierre und Miquelon	25. November 1964	24. Januar 1965
Territorium Französische Somaliküste (auch Französisches Afar- und Issa-Territorium oder Dschibuti)	25. November 1964	24. Januar 1965
Wallis und Futuna	25. November 1964	24. Januar 1965
Georgien ^h *	21. August 2006 B	14. Mai 2007
Grenada	17. Juli 2001 B	7. April 2002
Griechenland	19. März 1985	18. Mai 1985
Honduras	20. Januar 2004 B	30. September 2004
Indien ⁱ	26. Oktober 2004 B	14. Juli 2005
Irland	8. Januar 1999	9. März 1999
Island	28. September 2004	27. November 2004
Israel	11. November 1977 B	14. August 1978
Italien	13. Dezember 1977	11. Februar 1978
Japan	28. Mai 1970	27. Juli 1970
Kap Verde	7. Mai 2009 B	13. Februar 2010
Kasachstan*	5. April 2000 B	30. Januar 2001
Kirgisistan ^j	15. November 2010 B	31. Juli 2011
Kolumbien*	27. April 2000 B	30. Januar 2001
Korea (Süd-)	25. Oktober 2006 B	14. Juli 2007
Kroatien	23. April 1993 N	7. Oktober 1991
Lesotho	24. April 1972 N	4. Oktober 1966
Lettland	11. Mai 1995 B	30. Januar 1996
Liberia ^k	24. Mai 1995 B	8. Februar 1996
Liechtenstein	19. Juli 1972	17. September 1972
Litauen	5. November 1996 B	19. Juli 1997
Luxemburg	4. April 1979	3. Juni 1979
Malawi	24. Februar 1967 B	2. Dezember 1967
Malta	12. Juni 1967 B	3. März 1968
Marshallinseln	18. November 1991 B	14. August 1992
Mauritius	20. Dezember 1968 N	12. März 1968
Mazedonien	23. September 1993 N	17. September 1991
Mexiko	1. Dezember 1994 B	14. August 1995
Moldau ^l	19. Juni 2006 B	16. März 2007
Monaco	24. April 2002 B	1. November 2002
Mongolei ^m	2. April 2009 B	31. Dezember 2009
Montenegro	30. Januar 2007 N	3. Juni 2006

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Namibia	25. April	2000 B	30. Januar	2001
Neuseeland*	7. Februar	2001 B	22. November	2001
Niederlande	9. August	1965	8. Oktober	1965
Aruba	1. März	1967 B	30. April	1967
Curaçao	1. März	1967 B	30. April	1967
Karibische Gebiete (Bonaire, Sint Eustatius und Saba)	1. März	1967 B	30. April	1967
Sint Maarten	1. März	1967 B	30. April	1967
Niue	10. Juni	1998 B	2. März	1999
Norwegen	30. Mai	1983	29. Juli	1983
Österreich	14. November	1967	13. Januar	1968
Panama	30. Oktober	1990 B	4. August	1991
Peru ⁿ	13. Januar	2010 B	30. September	2010
Polen	17. November	2004 B	14. August	2005
Portugal	6. Dezember	1968	4. Februar	1969
Portugiesische Gebiete	22. Oktober	1969 B	21. Dezember	1969
Rumänien	7. Juni	2000 B	16. März	2001
Russland	4. September	1991 B	31. Mai	1992
Samoa	18. Januar	1999 B	13. September	1999
San Marino	26. Mai	1994 B	13. Februar	1995
São Tomé und Príncipe	19. Dezember	2007 B	13. September	2008
Schweden	2. März	1999	1. Mai	1999
Schweiz	10. Januar	1973	11. März	1973
Serbien	26. April	2001 N	24. Januar	1965
Seychellen	9. Juni	1978 B	31. März	1979
Slowakei	6. Juni	2001 B	18. Februar	2002
Slowenien	8. Juni	1992 N	25. Juni	1991
Spanien*	27. Juli	1978	25. September	1978
St. Kitts und Nevis	26. Februar	1994 B	14. Dezember	1994
St. Lucia	5. Dezember	2001 B	7. April	2002
St. Vincent und die Grenadinen	2. Mai	2002 N	25. April	1965
Südafrika	3. August	1994 B	30. April	1995
Suriname	11. November	1976 N	25. November	1975
Swasiland	17. Juli	1978 N	6. September	1968
Tonga*	28. Oktober	1971 N	4. Juni	1970
Trinidad und Tobago	28. Oktober	1999 B	14. Juli	2000
Tschechische Republik	23. Juni	1998 B	16. März	1999
Türkei	31. Juli	1985	29. September	1985
Ukraine	2. April	2003 B	22. Dezember	2003
Ungarn*	18. April	1972 B	18. Januar	1973
Vanuatu	1. August	2008 N	30. Juli	1980
Venezuela	1. Juli	1998 B	16. März	1999
Vereinigte Staaten*	24. Dezember	1980 B	15. Oktober	1981

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Vereinigtes Königreich	21. August	1964	24. Januar	1965
Anguilla	24. Februar	1965 B	25. April	1965
Bermudas	24. Februar	1965 B	25. April	1965
Britische Jungferninseln	24. Februar	1965 B	25. April	1965
Britische Salomon-Inseln ^g	24. Februar	1965 B	25. April	1965
Britisches Antarktis-Territorium	24. Februar	1965 B	25. April	1965
Britisch-Guayana ^g	24. Februar	1965 B	25. April	1965
Falklandinseln	24. Februar	1965 B	25. April	1965
Gibraltar ^o	24. Februar	1965 B	25. April	1965
Gilbert- und Ellice-Inseln ^g	24. Februar	1965 B	25. April	1965
Guernsey	21. August	1964 B	24. Januar	1965
Insel Man	21. August	1964 B	24. Januar	1965
Jersey	21. August	1964 B	24. Januar	1965
Kaimaninseln	24. Februar	1965 B	25. April	1965
Montserrat	24. Februar	1965 B	25. April	1965
Neue Hebriden (Kondominium Frankreichs und des Vereinigten Königreichs) ^g	24. Februar	1965 B	25. April	1965
St. Helena und Nebengebiete (Ascension und Tristan da Cunha)	24. Februar	1965 B	25. April	1965
Süd-Rhodesien ^g	24. Februar	1965 B	25. April	1965
Turks- und Caicosinseln	24. Februar	1965 B	25. April	1965
Zypern	26. Juli	1972 B	30. April	1973

* Vorbehalte und Erklärungen

Die Vorbehalte und Erklärungen werden in der AS nicht veröffentlicht. Die französischen und englischen Texte können auf der Internetseite der Haager Konferenz:

http://hcch.e-vision.nl/index_fr.php eingesehen oder bei der Direktion für Völkerrecht, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern, bezogen werden.

- a Der Beitritt Albaniens wurde durch Belgien, Deutschland, Griechenland und Spanien nicht angenommen.
- b Der Beitritt Aserbaidschans wurde durch Deutschland nicht angenommen.
- c Vom 25. April 1965 bis zum 30. Juni 1997 war das Übereinkommen aufgrund einer Ausdehnungserklärung Grossbritanniens in Hong Kong anwendbar. Seit dem 1. Juli 1997 bildet Hong Kong eine besondere Verwaltungsregion (SAR) der Volksrepublik China. Auf Grund der chinesischen Erklärung vom 12. Juni 1985 ist das Übereinkommen seit dem 1. Juli 1997 auch in der SAR Hongkong anwendbar.
- d Vom 4. Februar 1969 bis zum 19. Dezember 1999 war das Übereinkommen auf Grund einer Ausdehnungserklärung Portugals in Macau anwendbar. Seit dem 20. Dezember 1999 bildet Macau eine Besondere Verwaltungsregion (SAR) der Volksrepublik China. Auf Grund der chinesischen Erklärung vom 10. Dezember 1999 ist das Übereinkommen seit dem 20. Dezember 1999 auch in der SAR Macau anwendbar.
- e Das Übereinkommen gilt nicht für die Färöer-Insel und Grönland.
- f Der Beitritt der Dominikanischen Republik wurde durch Belgien, Deutschland, den Niederlanden und Österreich nicht angenommen.

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
g	Dieses Land ist unabhängig geworden. Es wurde keine Erklärung zu der Frage abgegeben, ob das Übereinkommen auch weiterhin in Kraft bleibt. Datum der Unabhängigkeitserklärung: Britisch-Guyana wurde zur Republik Guyana (26. Mai 1966); die britischen Salomon-Inseln wurden zu den Salomon-Inseln (7. Juli 1978); die Gilbert- und Ellice-Inseln wurden zur Republik Kiribati (12. Juli 1979) beziehungsweise zu Tuvalu (1. Oktober 1978); die Neuen Hebriden (siehe oben unter Frankreich: Überseeische Gebiete*) wurden zur Republik Vanuatu (30. Juli 1980); St. Lucia (22. Februar 1979); Süd-Rhodesien wurde zur Republik Zimbabwe (18. April 1980).	
h	Der Beitritt Georgiens wurde durch Griechenland nicht angenommen.	
i	Der Beitritt Indiens wurde durch Deutschland nicht angenommen.	
j	Der Beitritt Kirgisistans wurde durch Belgien, Deutschland, Österreich und Griechenland nicht angenommen	
k	Der Beitritt Liberias wurde durch Belgien, Deutschland und die Vereinigten Staaten nicht angenommen.	
l	Der Beitritt Moldaus wurde durch Deutschland nicht angenommen.	
m	Der Beitritt der Mongolei wurde durch Österreich, Belgien, Deutschland, Finnland und Griechenland nicht angenommen.	
n	Der Beitritt Perus wurde durch Deutschland und Griechenland nicht angenommen.	
o	Der Beitritt Gibraltars wurde durch Spanien nicht angenommen.	

